Erscheint 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einschl. 90 Pfg. bzw. 40 Pfg. Trägerlohn 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich Postübermittlungsgebühr, zuzüglich 36 Pfg. Post-Bestellgeld. Einzel-Nr. 10 Pfg., Sonnabend- und Festtags-Nr. 15 Pfg. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf des Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Unsere Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Sächsische Volkszeitung

Nummer 282 — 38. Jahrg.

Erfüllungsort Dresden.
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg.; für Familienanzeigen 4 Pfg.
Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Schriftleitung: Dresden-A., Pollerstraße 17, Fernruf 20711 u. 20013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und Verlag Th. und G. Winkel, Pollerstraße 17, Fernruf 21013, Postscheck: Nr. 1285, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 9787

Donnerstag, 30. November 1939

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, streikenden Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Werbungtreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort Dresden.

Riesige Kapitalverluste Englands

Entwertung der Anlagen in Uebersee

Der Wert der Anlagen in fremden Papieren um 81 v. H. gesunken!

Amsterdam, 30. November. Der bekannte britische Bankier und Wirtschaftler Sir William Clare Lees äußerte sich in einer Ansprache an das Manchester Institute of Bankers, dessen Präsident er ist, zu der Frage der britischen Kapitalanlagen in Uebersee. Die schlagendste und erstaunlichste Tatsache, die sich aus den Ziffern über die britischen Investierungen in Uebersee ergebe, so führte Lees u. a. aus, sei die gewaltige Entwertung, die in den Bonds fremder Regierungen und fremder Eisenbahnen eingetreten sei. Nominell belaufe sich die britische Investierung in ausländischen Bonds auf 2715 Millionen Pfund. Sie seien aber nach den Marktausweisen Ende März d. J. nur mehr 487 Millionen Pfund wert. Bei den ausländischen Eisenbahnen habe England ursprünglich 639 Millionen Pfund investiert gehabt, doch betrage der Wert dieser Anteilscheine nach den Ziffern des letzten März lediglich noch 132 Millionen Pfund.

Somit habe England in seinen überseeischen Investierungen insgesamt einen Wertverlust von 81½ Prozent erlitten. Selbst der Wert der Geldanlagen im britischen Empire sei um 128 Millionen Pfund zurückgegangen. Diese Ziffern stellten ein trauriges Bild dar, folgert Lees, und die britischen Geldgeber hätten dabei viel Geld verloren.

Man dürfe bei diesen Zahlen auch nicht übersehen, daß sich in allen Ländern die starke Neigung bemerkbar mache, wirtschaftlich selbständig zu werden, Industrien zu entwickeln und diejenigen Waren zu produzieren, die früher aus England bezogen worden seien. Dadurch würden die britischen Exporte immer mehr beschränkt.

•

England wird nichts gewinnen!

Britische Arbeiter gegen Englands imperialistischen Krieg.

Amsterdam, 30. November. Auf einer Versammlung von kaufmännischen Angestellten und Arbeitern in Stratford, so berichtet der englische „Manchester Guardian", sei eine Entschließung angenommen worden, in der es u. a. heißt, diese Versammlung glaube, daß ein zweiter Weltkrieg weder Polen befreien noch die Demokratie erhalten werde und daß er auch der Masse des englischen Volkes in keiner Weise zum Nutzen gereichen werde. Die Versammlung sei vielmehr der Ueberzeugung, daß ein Krieg, der lediglich das gegenwärtige System imperialistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausnutzung verlängere, diejenigen Probleme ungelöst lasse, die dem gegenwärtigen Krieg zugrunde lägen, insbesondere die Armut, die bisher das lebenslängliche Schicksal der englischen Arbeiter gewesen sei. Die Konferenz verlange daher von den britischen Arbeitern, daß sie ihren Kampf gegen die britischen Kapitalisten fortsetzten. „Manchester Guardian" bemerkt zu dieser Entschließung, daß die ganze Versammlung gut besucht gewesen sei und sich bei der Abstimmung über die Entschließung nur eine Stimme gegen ihren Inhalt ausgesprochen habe.

Eine törichte Maßnahme

Der König von England hat die Verfügung über die Blockade der deutschen Ueberseeausfuhr unterschrieben und auch im französischen Amtsblatt ist sie jetzt verkündet worden. Wenn nach einem Londoner Havas-Bericht vermutet wird, daß die neuen Anordnungen erst nach einigen Tagen in Kraft gesetzt würden, so ist das zweifellos auf die zahlreichen in London eingegangenen neutralen Proteste zurückzuführen. Insgesamt sechs Länder haben bisher schon bei der englischen Regierung gegen die beabsichtigte Maßnahme Einspruch erhoben, von weiteren anderen Staaten erwartet man ähnliche Aeußerungen und es ist bezeichnend, daß vielfach sogar mit einem Einspruch aus Washington gerechnet wird. (Der bekannte amerikanische General Johnson hat die neueste britische Blockademaßnahme mit den Gangstermethoden eines Al Capone verglichen und amerikanische Importeure haben im Washingtoner Handelsamt darauf verwiesen, daß die USA gewisse deutsche Erzeugnisse dringend benötigten.) Bei einer Reihe von Staaten kann ja nun der deutsche Export durch England nicht behindert werden, aber auch für sie ist die Frage insofern wichtig, als von den englischen Absichten auch solche deutschen Waren betroffen werden sollen, die über diese Länder zu dritten Abnehmerstaaten weitergeleitet werden.

Die Technik dieser Exportblockade ist so gedacht, daß entweder die Reederei Ausfuhrgenehmigungen von einem englischen oder französischen Konsul (!) einholt oder daß das ausfahrende Schiff von sich aus englische bzw. französische Kontrollhäfen zur Ueberprüfung seiner Ladung anlaufen soll, wenn es der zwangsweisen Kontrolle entgehen will. Im wesentlichen sind es drei Argumente, mit denen London und Paris ihr gesetzloses Vorgehen zu rechtfertigen suchen:

1. Die Maßnahme sei eine Repressalie gegen die deutsche Seekriegsführung. Dazu: Eben erst haben Reuter und die „Times" unvorsichtigerweise bestätigt, daß auch die deutschen Minen den internationalen Vorschriften durchaus entsprächen und eine amerikanische Stelle bestätigte, daß gegen die Verwendung der U-Boote durch die deutsche Regierung rechtlich nichts einzuwenden sei.

2. Sie sei ein notwendiger Beitrag der Neutralen im Kampf der Demokratien gegen das deutsche Prinzip der Gewaltanwendung im zwischenstaatlichen Leben — das heißt, nicht die Maßnahme selbst, sondern die Schäden, die den Neutralen daraus erwachsen. Dazu: Mit dieser Feststellung proklamiert man offen den Wunsch nach einer Parteinahme der neutralen Staaten.

3. Sie sei schließlich ein Weg für die Neutralen, die Deutschen auf ihren bisherigen Absatzmärkten zu schlagen. Dazu: Man sucht also einen vorhandenen Schaden durch einen in Aussicht gestellten Nutzen auszugleichen, der außerdem praktisch gleich null ist; denn die Alliierten und nicht die Neutralen würden die Nutznießer einer solchen Zurückdrängung des deutschen Außenhandels sein.

Sicher wird England auch diesmal die Proteste der Neutralen beiseiteschieben. Aber es sollte sich darüber klar sein, daß es etwas anderes ist, wenn einige kleine machtlose Staaten ihrer Verärgerung Ausdruck geben, oder wenn Großmächte sich solche Methoden verbitten — Großmächte, die es erfahrungsgemäß nicht gewohnt sind, sich einfach als Objekt der englischen Politik behandeln zu lassen. Auch wird man bei den Neutralen nicht übersehen, daß diese neueste englische Maßnahme nur die Folge einer immer deutlicheren deutschen Ueberlegenheit zur See ist.

Japan kündigt Gegenmaßnahmen an

Gegen die verschärfte britische Blockade — Beschlagnahme englischer Frachten angedroht

Tokio, 30. November. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die japanische Regierung im Falle ablehnender Antworten Englands und Frankreichs auf den japanischen Protest wegen der verschärften Blockade gegen deutsche Exportgüter in London und Paris Gegenmaßnahmen ankündigen werde.

„Tokio Nischi Nischi" schreibt hierzu, daß die Regierung endgültig beschlossen habe, sich dem britisch-französischen Vorgehen scharf zu widersetzen. Die Regierung erwäge gleichzeitig entschiedene Gegenmaßnahmen, wie z. B. Beschlagnahme britischer Frachten in japanischen Gewässern, als Vergeltung für die Schäden der japanischen Handelsflotte in Europa. Am 24. November, so stellt das Blatt mit Empörung fest, hätten die japanischen Botschafter in London und Paris protestiert, worauf am 28. November dennoch die verschärfte Blockade durch Frankreich und England ausgesprochen worden sei.

Wie die Zeitung weiter erfährt, hält die japanische Regierung unbedingt die Ansicht aufrecht, daß die verstärkte englische Blockade eine Verletzung des internationalen Rechts darstellt.

England mit eigenen Waffen geschlagen

Kontrollmaßnahmen des antibritischen Ausschusses in Peking.

Peking, 30. November. Der Pekinger antibritische Ausschuß hat alle Geschäftsinhaber, die Mitglieder der chinesischen Handelskammer sind, aufgefordert, innerhalb von zehn Tagen Listen der in ihrem Besitz befindlichen britischen Waren bereit zu halten.

Gandhi zum Aeußersten entschlossen

Annahme des Kongreßvorschlages oder „Katastrophale Rebellion"

Amsterdam, 30. November. Nach einem Bericht des „Manchester Guardian" habe Gandhi gedroht, daß Nichtannahme des Vorschlages der indischen Kongreßpartei, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die über Indiens künftige Verfassung Beschluß zu fassen habe, eine sofortige Aktion der Inder unvermeidlich mache.

Gandhi habe dabei darauf hingewiesen, daß die britischen Interessen in Indien nicht mit den wirklichen indischen Belangen übereinstimmten. Er habe der Meinung Ausdruck gegeben, daß immer noch eine Einigung Indiens vor der „katastrophalen Rebellion" retten könne. Gandhi glaube, daß die britische Regierung das Haupthindernis für die Annahme der Kongreßvorschläge sei. Denn die Kongreßpartei habe sich damit einverstanden erklärt, vorher die Zustimmung der hauptsächlichen indischen Minderheiten einzuholen, bevor irgendein Entwurf durch die verfassunggebende Versammlung behandelt werde.

Zuverlässige Beobachter, so schreibt der „Manchester Guardian" abschließend, glaubten nicht, daß die gegenwärtige gespannte Lage in Indien länger als noch wenige Wochen andauern könne.

•

Indien verlangt völlige Unabhängigkeit

Kabul, 30. November.

Das Kabinett des indischen Nationalkongresses hat in Wardha, einer Stadt in Zentralindien, die als inoffizielle Hauptstadt Indiens bekannt ist, den Antrag über die Zusammenberufung einer gesetzgebenden Versammlung einstimmig angenommen. Damit hat der Kongreß dem britischen Imperialismus endgültig den Krieg erklärt. Besonders erwähnenswert ist, daß Mahatma Gandhi persönlich bei allen Sitzungen anwesend war. Außer ihm nahmen Pandit Jawaharlal Nehru, Babu Rajendra Prashad, Sardar Vallab Bhai Patel, Bhela Bhai Desai, Maulana Abul Kalam Azad, Jai Prakash Narain, Khan Abdul Ghaffar Khan teil.

Der indische Nationalkongreß erklärt in seinem Aufruf wörtlich: „Der Kongreß nahm nur aus dem Grunde an den gesetzgebenden Versammlungen der Provinzen teil, um eine Politik der Non-Cooperation (Nicht-Mitarbeit) zu verwirklichen und das Gesetz der Verfassung von innen zu bekämpfen, weil diese Verfassung nur dazu da ist, um die imperialistische Herrschaft Englands über Indien noch zu verstärken und die Ausbeutung des indischen Volkes fortzusetzen. Der Kongreß hält von nun an an der fundamentalen Politik der Non-Cooperation, der Nicht-Zusammenarbeit mit dem Apparat des britischen Imperiums fest.

Das Ziel des Kongresses ist nunmehr Purna Swaraj, d. h. völlige Unabhängigkeit, und der Kongreß konzentriert jetzt alle seine Kräfte, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Kongreß verlangt eine echte und unzweideutige demokratische Regierung in Indien, wobei die ganze politische Macht dem indischen Volke übertragen werden soll und der ganze Regierungsapparat unter der Kontrolle des indischen Volkes stehen muß.

Ein solcher freier indischer Staat kann nur von der indischen Nation selbst ins Leben gerufen werden, und um das zu verwirklichen, verlangt der Kongreß ausdrücklich die Zusammenberufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Diese Versammlung soll von allen Indern, die über 20 Jahre alt sind, gewählt werden, um für das Land eine Verfassung, gemäß dem Genius des indischen Volkes, zu gestalten.

Nur eine verfassunggebende Versammlung kann die Inder befriedigen, die dank ihrer politischen Macht vollkommen fähig sind, das Land nicht nur zu verwalten, sondern auch zu verteidigen. Indien duldet keine Einmischung mehr in seine Innen- und Außenpolitik von seiten Englands. Indien wird von nun an jeden Versuch, es noch weiter im Schach zu halten, mit den wirkungsvollsten Mitteln bekämpfen.

In diesem Kampf wird das indische Volk die erste Gelegenheit wahrnehmen, um über sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen.

Die indischen Führer müssen von jetzt an die Massen für den großen Kampf vorbereiten, und wenn die Zeit reif wird, müssen die Inder alles dafür opfern, die Gewaltherrschaft Englands und die Jahrhunderte alten Mißstände der englischen Verwaltung ein für alle mal zu beseitigen."

Fortsetzung der Luftaufklärung über England

Berlin, 30. November. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

An der Westfront schwaches örtliches Artilleriefeuer. Die Luftaufklärung gegen England wurde fortgesetzt.

Die USA bauen 36 Luftschiffe

Washington, 30. November. Der stellvertretende Marineminister der USA, Edison, erklärte, daß die von dem Abgeordneten Vinson, dem Vorsitzenden des Marineausschusses des Abgeordnetenhauses ausgearbeitete, 1,3 Milliarden Dollar umfassende Flottenbauvorlage den Bau von 36 Luftschiffen vorsehe, deren Größe nicht festgelegt worden sei, um, wie Edison erklärte, weiten Spielraum in der Auswahl der Luftschifftypen zu lassen.